



Sozialdemokratische Partei
Kanton Uri



~~Dringliche~~ Interpellation

Aufenthaltsbewilligungen von russischen Oligarchen und deren Familien

Frau Präsidentin
geschätzte Damen und Herren

Gemäss Artikel 30 Absatz 1 Buchstabe b des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) kann von den Zulassungsvoraussetzungen für eine Aufenthaltsbewilligung (gemäss Art. 18-29) abgewichen werden, um «wichtigen öffentlichen Interessen» Rechnung zu tragen.

Gemäss Antworten auf die Bundes-Interpellation 14.1014 handelt es sich beim Begriff «wichtige öffentliche Interessen» gemäss Gesetz und Artikel 32 der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE; SR 142.201) um einen unbestimmten Rechtsbegriff. Wichtige öffentliche Interessen liegen gemäss Artikel 32 Absatz 1 VZAE insbesondere vor, wenn, nebst anderen Gründen, erhebliche kantonale fiskalische Interessen (Sicherstellung hoher Steuereinnahmen) vorliegen.

Gemäss Antworten in der gleichen Interpellation wurden im Zeitraum 2008-2014 389 solcher Aufenthaltsbewilligungen erteilt. Mit grossem Abstand am meisten konnten Personen aus Russland (107 Personen) von diesem fragwürdigen Privileg profitieren. Die meisten solcher Bewilligungen wurden in den Kantonen Tessin, Genf, Zürich, Zug und Waadt erteilt.

In diesem Zusammenhang und den Sanktionen gegenüber russischen Oligarchen stellen sich für den Kanton Uri folgende Fragen:

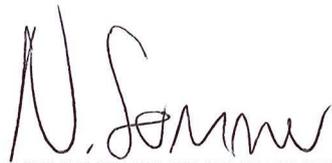
1. Wir bitten um die Auflistung aller Aufenthaltsbewilligungen gestützt auf Art. 30 Abs.1 Buchstabe b AIG («wichtige öffentliche Interessen») der letzten 15 Jahre aufgeteilt nach Staatszugehörigkeit.
2. Wie wird überprüft, ob die Voraussetzung für die Erteilung dieser Ausnahme-Aufenthaltsbewilligung - namentlich «Sicherstellung hoher Steuereinnahmen» - tatsächlich erfüllt werden?

3. Wurden im Kanton Uri Ausnahme-Aufenthaltsbewilligungen an Russische Oligarchen erteilt? Ist der Regierungsrat in Kontakt mit den Bundesbehörden, wie der Begriff «Russische Oligarchen» definiert ist und die entsprechenden Personen ermittelt werden können?
4. Falls im Kanton Uri Ausnahme-Aufenthaltsbewilligungen an Russische Oligarchen erteilt wurden, ist der Regierungsrat bereit, auch in diesem Fall «wichtiges öffentliches Interesse» anzuwenden und die Erteilung von Aufenthaltsbewilligungen rückgängig zu machen? Was ist in dieser Hinsicht geplant?

Zusammen mit dem Zweitunterzeichner Adriano Prandi danke ich dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen.

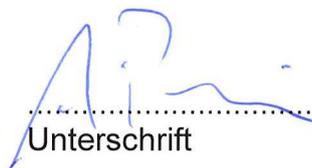
Altdorf, 30. März 2022

Erstunterzeichnerin
Nora Sommer



.....
Unterschrift

Zweitunterzeichner
Adriano Prandi



.....
Unterschrift